

PRESSEMITTEILUNG

Elternbund Hessen e.V. (ebh)

„Sprachpolizei statt Unterricht?“ – Elternbund Hessen kritisiert politische Eingriffe in Schulen und fordert Fokus auf Basiskompetenzen, Inklusion und Fortbildung

Wiesbaden, 19. Oktober 2025. Der Elternbund Hessen e.V. (ebh) sieht mit großer Sorge, dass staatliche Stellen in Hessen den Sprachgebrauch an Schulen und im Umfeld öffentlicher Förderung zunehmend kontrollieren und sanktionieren. Nach Medienberichten wurden Schulen angewiesen, in sozialen Netzwerken Beiträge wegen Sonderzeichen zu ändern; zudem sollen künftig auch vom Land geförderte Vereine auf genderbezogene Sonderzeichen verzichten. Der ebh hält diese Ausweitung für einen politisch motivierten Eingriff in pädagogische Arbeit und schulische Kommunikation – zulasten von Inklusion, Unterrichtsqualität und Entlastung der Lehrkräfte.¹

„Wir sind zutiefst besorgt über den Versuch, Kultur und Sprache von oben zu steuern und so politischen Einfluss auf Schulen zu nehmen. Dafür gibt es keinen sachlichen pädagogischen Grund. Solche Vorgaben folgen der Agenda einer verordneten ‘Leitkultur’ erkonservativer Politik – und binden Ressourcen, die unsere Kinder viel dringender in Inklusion, Förderung und gutem Lernen brauchen“, sagt Korhan Ekinici, Vorsitzender des ebh.

Hintergrund ist ein seit 2024 verschärfter Umgang der Landesregierung mit genderbezogenen Sonderzeichen in der Landesverwaltung – mit Wirkung bis in Schulen hinein. Auch Hochschul- und Verwaltungsstellen verweisen auf die entsprechende Dienstanweisung.²

Konkrete Beispiele sind in Hessen schon durchaus prominent. So musste eine kooperative Gesamtschule im Main-Taunus-Kreis ältere Instagram-Posts ohne Sonderzeichen neu veröffentlichen; das Ministerium bestreitet systematisches Scannen, greift bei „bekannten“ Fällen aber ein.³ Auch Verbände berichten von Versuchen, Sprachvorgaben über den engeren Verwaltungsbereich hinaus auf Projekte mit Landesförderung auszudehnen – wogegen u. a. der Paritätische protestiert.⁴

Zugleich bleibt der Handlungsdruck bei Basiskompetenzen hoch! In Deutschland gelten rund **6,2 Mio.** Erwachsene als gering literalisiert⁵ – ein klarer Auftrag, Leseförderung konsequent zu priorisieren.

Korhan Ekinici betont daher: „Unser Weg ist **inklusive, neutrale Sprache** und starke Schulen. Das heißt: Lehrkräfte-Fortbildung mit Zeitbudgets, Entlastung von überbordender Bürokratie und gezielte Förderung der Basiskompetenzen. Geben wir Schulen Autonomie statt Gängelung – dann profitieren am Ende alle Kinder.“

Zentrale Forderungen des Elternbund Hessen:

1. **Keine Sprachpolizei an Schulen:** Pädagogische Freiheit respektieren; keine bürokratische Kontrolle von Social-Media-Auftritten und Altbeständen.
2. **Rechtsklarheit & Begrenzung:** Vorgaben dürfen nicht „durch die Hintertür“ auf Vereine und Projekte ausgeweitet werden; Klarstellung durch die Landesregierung.
3. **Basiskompetenzen vor Bürokratie:** Mittel und Arbeitszeit in Leseförderung, Sprachbildung und differenzierte Unterstützung lenken – statt in Kontrollaufwände.

¹ [FR.de](#)

² [DIE WELT](#)

³ [FR.de](#)

⁴ [DIE WELT](#)

⁵ [leo.blogs.uni-hamburg.de](#)

4. **Inklusion & Fortbildung:** Flächendeckend Fortbildungszeiten und Budgets für Lehrkräfte sichern – insbesondere zu inklusiver, **geschlechterneutraler** bzw. **geschlechterinklusive** Ansprache und barrierearmen Lernmaterialien.
5. **Bürokratieabbau & Schulautonomie:** Schulen brauchen die Freiheit, sich selbst zu organisieren, Schwerpunkte zu setzen und Ressourcen sinnvoll einzusetzen – ohne restriktive Detailvorgaben.

Kontakt:

Elternbund Hessen e.V. (ebh)

Pressekontakt: Korhan Ekinci, Vorsitzender

korhan@ekinci.online

Über den ebh:

Der Elternbund Hessen e.V. vertritt die Interessen von Eltern und Kindern gegenüber Politik, Verwaltung und Bildungseinrichtungen – überparteilich, konstruktiv und lösungsorientiert.